

Corona als Zäsur des Neoliberalismus

Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf die Wirtschaft? Welche Einschätzungen gibt es? Dazu hat das Denknetz zwei Ökonom*innen befragt. Im zweiten Teil antwortet Irmi Seidl.

Simon Rutz: Frau Seidel, wie ordnen Sie, die Covid-Krise ein? Was ist das Spezifische an ihr? Ist sie ökonomisch so verheerend wie mancherorts kolportiert wird oder dürfen wir uns auf eine V-Erholung freuen?

Irmi Seidl: Die Covid-Krise legt gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturprobleme offen. Ich denke an die grosse soziale Ungleichheit, ungenügende gemeinwohlorientierte Strukturen (Gesundheit, Bildung), zahlreiche Unternehmen ohne finanzielles Polster, an den hinausgezögerten Strukturwandel (Automobil, Flugverkehr, Finanzmärkte). Diese Strukturprobleme sind Resultat einer neoliberalen, einer deregulierenden, privatisierenden, kommodifizierenden und wettbewerbsfokussierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die auf ständige Expansion ausgerichtet ist und v.a. in den letzten 30 Jahren forciert wurde. Die Krise spült die Probleme hoch. Diese verstärken sich nun gegenseitig, was Problemlösungen anspruchsvoll bis sehr schwierig macht. Der Ausgang dieser Krise ist offen, weil aktuell viel durchgeschüttelt wird und unklar ist, was daraus erwachsen kann. Da allerdings unsere Systeme sehr träge sind, dürfte sich viel Bisheriges wie-

dereinstellen, anderes entsteht neu. In einzelnen Bereichen kann eine V-Erholung stattfinden, aber viele Bereiche dürften mittel- bis langfristig anders aufgestellt sein als bisher.

Wie würden Sie die aktuelle Krise in den grösseren Kontext der kapitalistischen Entwicklung einordnen?

Wie gesagt, die Krise offenbart Schäden, Asymmetrien, Abhängigkeiten und grosse Vulnerabilität durch und im kapitalistischen System. Dieses ist wenig resilient, es ist auf Kante genäht und nun in der Krise müssen das Gemeinwesen und die Politik erhalten, die davor geschwächt und ausgehöhlt wurden. Diese kapitalistische Entwicklung wurde institutionell ermöglicht. Stichworte sind: globale deregulierte Märkte für Finanzen, Waren, Dienstleistungen, Externalisierung von sozialen und ökologischen Kosten inkl. geringer Arbeitsschutz und weitgehendes Ignorieren von Umweltschutz, hohe Subventionierung des Energie- und Verkehrssektors, Geostrategien zugunsten globaler Unternehmen. Solange es keinen grundlegenden institutionellen Wandel gibt, wird die kapitalistische Expansion weitergehen.

Was wären für Sie die drei wesentlichen Forderungen?

Man kann in erster Line internationale Veränderungen fordern. Doch ich bin überzeugt, dass auch durch nationale Politiken und davon ausgehend Änderungen möglich sind, die die ökologischen und sozialen Probleme reduzieren und unsere Ökonomien resilienter machen können. Zentral und machbar ist es, die existenzielle Abhängigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems vom Wirtschaftswachstum zu beenden, so dass die ökologischen Krisen gelöst werden und eine grössere soziale Gerechtigkeit entstehen kann.

Dazu ist erstens ein Umbau der wachstumsabhängigen Bereiche nötig (z.B. Sozial- sowie Steuersysteme, Erwerbsarbeit, Geld- und Finanzsystem) sowie eine Begrenzung des Umwelt- und Ressourcenverbrauchs auf ein nachhaltiges Niveau. Letzteres hat v.a. über Preise, Anreize und Regulierung zu erfolgen.

Zweitens muss damit einhergehen, dass Produktivitätsgewinne in Arbeitszeitreduktion fliessen und die indi-

“ Ein Umbau der wachstumsabhängigen Bereiche ist nötig. ”

viduelle Erwerbsarbeitszeit sinken kann – mit Lohnausgleich im unteren Lohnbereich. Dem wird schon wegen der Digitalisierung und Roboterisierung nicht auszuweichen sein, wollen wir keine hohe Arbeitslosigkeit.

Drittens brauchen wir einen Green New Deal, v.a. mit einer Bepreisung von externen Kosten, d.h. Energie- und/oder CO₂-Abgaben, einem Abbau klima- und biodiversitätsschädigender Subventionen, grösseren Infrastrukturprogrammen für ökologische Produktions- und Konsuminfrastrukturen sowie eine grössere soziale Gerechtigkeit. Leitlinie muss das Wohlergehen der jetzigen und künftigen Generationen sowie eine Einhaltung der planetaren Grenzen sein.

Was muss sich verändern? Was steht den notwendigen Veränderungen entgegen?

Mir scheint: Einerseits muss der politische Druck auf Entscheidungsträger noch zunehmen, andererseits müssen Problemlösungsmöglichkeiten, von denen es viele gibt, stärker in die Gesellschaft diffundieren. Das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sowie seine Teilsysteme sind enorm komplex und folgen ihren eigenen Systemlogiken. Es braucht Druck, aber auch Problemlösungen, die für mehrere Teilsysteme passen. Ein Beispiel: Eine ökologische Politik muss sozial gerecht sein und Ungleichheiten reduzieren.

Vielorts wird davon gesprochen, dass die Digitalisierung (von Arbeit, Bildung, etc.) durch die Covid-Krise einen Schub erhalten habe. Wie stehen Sie dazu? Wie sollte damit umgegangen werden?

Wir kommunizieren vermehrt elektronisch und nutzen regelmässig neue Soft- und Hardware. Doch die Digitalisierung scheint mir tiefgreifender zu wirken. Wenn, ausgelöst durch Covid-19, globale Wertschöpfungs-



ketten verkürzt und nach Europa zurückgeholt werden, dürfte die Produktion vielfach automatisiert und digitalisiert erfolgen. In Dienstleistungsbranchen wie Banken und Versicherungen stellt die Digitalisierung Tätigkeiten und Prozesse auf den Kopf – für die Arbeitstätigen wie Kunden. Bisher sehe ich nicht, dass dieser Strukturwandel die Arbeit verbessert – im Sinne einer Weitergabe von Produktivitätsgewinnen und Nutzung von technischen Möglichkeiten für ein reduziertes Arbeitsvolumen, flexiblere und sozial vorteilhafte Arbeitszeiten sowie anspruchsvolle Arbeitsinhalte. Die Gewerkschaften, die Arbeitsforschung sowie die Gesellschaft müssen schnell reagieren, sonst könnten Digitalisierung und Roboterisierung alleine in einer Reduktion sowie weiteren Entfremdung von Arbeit münden.

Wir alle kennen Schumpeters Theorie der schöpferischen Zerstörung. Sind wir in so einer Zeit, in der alte Industrien absterben? Müssen wir diese Krise ein Stück weit zulassen? Oder ist das der zynische Legitimationsdiskurs

von wirtschaftsliberaler Seite, um zu viel «staatliche Einmischung» abzuwehren?

Die Krise müssen wir m.E. zulassen, aber den Transformationsprozess gestalten. Ein Strukturwandel in einzelnen Bereichen ist wünschenswert. Die Krisen 2008 und die jetzige zeigen, dass es ohne Staat nicht geht! Folglich hat die neoliberale Degenerierung des Staates einen schwereren Stand als früher. Auch zeigt zunehmend mehr Literatur, dass die Wirtschaft wesentlich auf verschiedensten Investitionen des Staates basiert. Staat und Gesellschaft müssen sich wieder mehr Gestaltungsmacht verschaffen.

Die Klimaerwärmung ist und bleibt die wohl grösste Herausforderung der Menschheit. Was ändert die Corona-Krise aus Ihrer Sicht an den wirtschaftspolitischen Prioritäten? Laufen wir Gefahr, bei der dringend nötigen sozial-ökologischen Transformation weiter gebremst zu werden und an – eigentlich nicht vorhandener – Zeit zu verlieren?

“ Den Transformationsprozess gestalten.

”

Ich sehe beides: Die aktuelle Krise und gesellschaftlichen Spannungen sowie die weiter zunehmenden sozialen Ungleichheiten nehmen Kräfte und Ressourcen, die für eine sozial-ökologische Transformation gebraucht würden. Gleichzeitig zeigte Corona, dass der Staat mit der grossen Kelle anrühren kann und dies kann er nun in eine sozio-ökologische Richtung tun. Wenn ein sozial-ökologischer Handlungsdruck präsent ist, bin ich sicher, dass er die politische Gestaltung beeinflussen kann. Und Handlungsdruck ist grundsätzlich da: Zum einen wird aktuell einiges neu gemischt, zum anderen zeigt sich in nahen und fernen Orten fast täglich die ökologische Apokalypse.



Irmi Seidl

Leiterin der Forschungseinheit Wirtschaft- und Sozialwissenschaft der Eidgenössischen Forschungsanstalt WSL